

Mira Sovakar

## Kein Frieden ohne Demokratie

### Stimmen aus Georgien und seinen abtrünnigen Gebieten

Georgiens Öffentlichkeit ist in der Bewertung des Südossetien-Krieges vom August 2008 gespalten. Einige Stimmen stellen die Position der Regierung in Frage, der Militäreinsatz sei notwendig gewesen, um eine Invasion Russlands zu verhindern. Die Ereignisse werden von den Menschen in Südossetien, im georgischen Kerngebiet und in Abchasien unterschiedlich bewertet. Hier wie dort sehen vor allem zivilgesellschaftliche Akteure ihre Zukunft – ob gemeinsam oder getrennt – im Aufbau stabiler demokratischer Strukturen. Ohne diese ist es unmöglich, langfristige Stabilität und Frieden in der Region zu schaffen.

Im Sommer rückte Georgien plötzlich für einige Wochen in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit. Durch den Krieg um Südossetien genoss es kurzfristig mehr Aufmerksamkeit als die Olympischen Spiele in Peking. Präsident Micheil Saak'asvili bekundete: „Vor zwei oder drei Monaten haben einige europäische Botschafter noch gesagt, sie hätten keine Zeit für Georgien, sie müssten sich erst um Afghanistan und Irak kümmern.“ Aber nun stehe Georgien „im Zentrum der Weltpolitik“.<sup>1</sup> Tatsächlich schaute die Welt auf die Konflikte um Südossetien und Abchasien. Politiker aus Europa und den USA betonten mehrfach, an der territorialen Integrität Georgiens festzuhalten. Die Teilnehmer einer Geberkonferenz, zu der die EU und die Weltbank am 22. Oktober 2008 fast 70 Länder und Institutionen eingeladen hatten, versprachen Georgien für die kommenden drei Jahre rund dreieinhalb Milliarden Euro für Not- und Flüchtlingshilfe, den Bankensektor, Investitionen sowie den Haushaltsausgleich – angesichts der globalen Finanzkrise eine unerwartet hohe Summe.

Was ist jedoch der Preis für den fragwürdigen Weltruhm? Der Krieg im August 2008 hat mehrere Hundert Menschenleben gefordert. Er lässt zehntausende Flüchtlinge, eine zerstörte Infrastruktur, eine gebrochene georgische Armee und zerrüttete menschliche Beziehungen zurück. Wirkliche Gewinner des Krieges gibt es weder unter den Georgiern noch in Abchasien oder Südossetien, die Russland unilateral als unabhängige Staaten anerkannte. Alle Seiten mussten ihre Gewinne mit hohen Verlusten bezahlen.

---

**Mira Sovakar** (1975), M.A., 2004–2007 Programmkoordinatorin der Heinrich-Böll-Stiftung im Regionalbüro Südkaukasus in Tbilisi, derzeit Projektmanagerin im Kaukasusprogramm der NGO Conciliation Resources, London

<sup>1</sup> Am 7. September 2008 bei einem vom georgischen Fernsehsender *Rustavi 2* übertragenen Treffen mit Bauern in der Stadt Telavi, in der ostgeorgischen Region Kacheti: President presents new governor; <[http://rustavi2.com/news/news\\_text.php?id\\_news=27791&im=main&ct=0&wth=>](http://rustavi2.com/news/news_text.php?id_news=27791&im=main&ct=0&wth=>).

Auch die internationale Finanzhilfe für Georgien ist problematisch. Beunruhigenderweise wurden keinerlei konkrete Vorgaben und Konditionen angegeben, wie und wofür die Gelder genutzt werden sollen. Heftige Kritik an Format und Verfahren der Geberkonferenz kam bereits im Vorfeld von Seiten der Nichtregierungsorganisation (NGO) *Transparency International*. Deren Geschäftsführerin in Georgien Tamuna Karosanidze warnt, der Mangel an Transparenz und demokratischer Beteiligung im Rahmen der Geberverhandlungen sei ein schlechter Vorbote für die spätere Verwendung der Mittel in Georgien und könne unter Umständen der weiteren Entwicklung des Landes schaden. Er erhöhe das Risiko für fehlerhafte Kalkulationen, unwirtschaftliche Verwendung der Mittel und Korruption.<sup>2</sup>

Auch Vertreter verschiedener Oppositionsparteien wandten sich an die Teilnehmer der Geberkonferenz. In einem offenen Brief plädierten sie dafür, die bereitgestellten Fördermittel in erster Linie zur sozioökonomischen Unterstützung der Binnenflüchtlinge einzusetzen.

Alle weiteren Mittel sollten der Finanzierung konkreter Demokratisierungsprogramme dienen. Denn Demokratie ist die einzige effektive Garantie gegen militärische Wagnisse; und es ist genau der Mangel an Demokratie, der für das Geschehene verantwortlich ist.<sup>3</sup>

Ein Mangel an Demokratie offenbart sich unter anderem in der georgischen Medienlandschaft. Die TV-Sender sind weitgehend regierungstreu bzw. unter Kontrolle der Regierung. Nur wenige liefern überhaupt seriöse politische Programme. Bereits 2007 hatten die Medien monatelang kriegerische Stimmung geschürt. Raum für abweichende Meinungen gab es kaum. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weisen trotz der Erfolgsbekundungen von Seiten der Regierung und verschiedener ausländischer Politiker nach wie vor erhebliche Defizite auf. Stabilität und Sicherheit kann es in der Region aber nur geben, wenn diese Mängel behoben werden.

## Georgien zieht Bilanz

Das Stichwort Demokratisierung dominiert nicht nur die Debatte um die Zukunft des erschütterten Landes, sondern auch die innenpolitische Diskussion darüber, ob die georgische Regierung die Augustkrise mitverschuldet hat, statt alles dafür zu tun, einen Gewaltausbruch zu verhindern. Allen voran gibt Georgiens Ombudsmann Sozar Subari der „autoritären Staatsführung“ in Georgien die Schuld an der militärischen Eskalation. Statt einen verantwortungslosen und unbesonnenen Konfrontationskurs einzuschlagen, hätte die Regierung eine konstruktive Antwort auf Provokationen von Seiten Russlands finden müssen. An die Stelle „pseudodemokratischer“ Reformen müsste ein tatsächlicher Rechtsstaat nach europäischem Vorbild treten, in dem

<sup>2</sup> Donor Conference on Georgia lacks transparency and accountability says Transparency International Georgia, 21.10.2008;

<[www.transparency.ge/index.php?lang\\_id=ENG&sec\\_id=50600&info\\_id=437](http://www.transparency.ge/index.php?lang_id=ENG&sec_id=50600&info_id=437)>.

<sup>3</sup> Letter of Georgian Politicians to the Brussels Donors' Conference, 22.10.2008;

<[www.civil.ge/eng/article.php?id=19804](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19804)>.

Menschenrechte geschützt werden. Sollte es keinen grundlegenden Kurswechsel geben, prophezeit er weitere katastrophale Folgen für die Gesellschaft.<sup>4</sup>

Bevor Subari 2004 zum Bürgerbeauftragten für Menschenrechte ernannt wurde, arbeitete er als Journalist, unter anderem für *Radio Liberty*. Während er anfangs als regierungstreu und loyal galt, genießt er aufgrund seiner unabhängigen und kritischen Berichte zur Lage der Menschenrechte und aufgrund seiner engagierten öffentlichen Stellungnahmen die Anerkennung und Unterstützung vieler Teile der Bevölkerung. Außerdem betreute er Programme, die sich erfolgreich darum bemühen, die Rechte ethnischer Minderheiten zu stärken. Subari war es auch, der seine Stimme gegen die georgische Medienpropaganda erhob. So sprach er sich Ende August gegen einen antirussischen Videoclip des Senders *Rustavi 2* und die damit einhergehende Russophobie in der georgischen Gesellschaft aus. Der Clip, in dem Russland unter anderem als ein Land voller „Skinheads“ bezeichnet wird, sei ein „alarmierendes Beispiel für den Ausdruck von Fremdenhass“.<sup>5</sup>

Strittig ist, ob Subari mit seinen verbalen Attacken auf die Regierung seine Kompetenz als Menschenrechtsbeauftragter überschreitet. Von verschiedenen Seiten werden ihm politische Ambitionen unterstellt. Dies gibt der georgischen Regierung einen Vorwand, sich nicht ernsthaft mit den Anschuldigungen Subaris auseinanderzusetzen.<sup>6</sup> Ähnlich verhält es sich mit den seit Mitte September lauter werdenden Vorwürfen verschiedener Oppositionspolitiker.

Während der Gefechte stand die georgische Gesellschaft geschlossen hinter der Regierung Saak'ašvili. Einige Gruppen befürworteten den Militäreinsatz, da der Südossetienkonflikt friedlich nicht mehr zu lösen gewesen sei. Georgien habe sich gegen die Aggression südossetischer Kämpfer wehren müssen, die mit russländischer Unterstützung seit Anfang August georgische Dörfer in Südossetien beschossen. Niemand protestierte öffentlich gegen den Einsatz der georgischen Armee in Südossetien. Noch am 8. August meldeten die georgischen Medien regelmäßige Erfolge der georgischen Truppen, die zu diesem Zeitpunkt den Großteil Südossetiens unter ihre Kontrolle gebracht hätten. Spätestens als russländische Kampfbomber in derselben Nacht Luftangriffe auf Ziele im georgischen Kernland flogen, reihten sich alle Georgier hinter der politischen Führung ein.

Sogar die polemisch auftretende Opposition beteuerte ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem georgischen Präsidenten. Georgien befand sich im Kriegszustand mit Russland. Kritik wurde auf später verschoben. Solange russländisches Militär georgische Transportadern und strategische Stützpunkte besetzt hielt, blieb es bei dieser Haltung. In diesen Tagen wurden bewusst Erinnerungen an frühere Okkupationen geweckt. Präsident Saak'ašvili betonte, das kleine Georgien sei

<sup>4</sup> Unity in the name of Freedom and Justice, Erklärung vom 25. September 2008; <[www.ombudsman.ge/index.php?m=8&newsid=908](http://www.ombudsman.ge/index.php?m=8&newsid=908)>.

<sup>5</sup> „Stop Russophobic Music Video“ – Ombudsman Tells Georgian TV, 27.8.2008; <<http://civil.ge/eng/article.php?id=19315>>.

<sup>6</sup> Mit dem jüngsten, sehr umfassenden Menschenrechtsbericht, den Subari dem georgischen Parlament im März 2008 vorlegte, konnten sich die Abgeordneten nach Angaben der damaligen Parlamentsvorsitzende Nino Burdžanadze aus Zeitgründen nicht befassen. Der Bericht kritisiert u.a. den Polizeieinsatz vom 7.11.2007 und fordert, die zuständigen Personen wie Innenminister Vano Merabišvili zur Verantwortung zu ziehen; Human Rights in Georgia: Report of the Public Defender of Georgia, Second Half of 2007; <[www.ombudsman.ge](http://www.ombudsman.ge)>.

schuldlos und ohne eigene Mitverantwortung wieder einmal Opfer eines mächtigen und aggressiven Nachbarn geworden. Und Parlamentsprecher Davit Bakradze sagte in einer Fernsehansprache am 10. August: „Wir dürfen dem Feind nicht erlauben, unser Land zu besetzen. [...] Die Ereignisse von 1921 dürfen sich nicht wiederholen.“<sup>7</sup> Saak'āšvili wies die Schuld an der Eskalation Russland und der Zurückhaltung des Westens zu. Russland habe die Invasion in Georgien von langer Hand geplant; der Westen habe eindeutige Vorbote und Warnungen wiederholt fahrlässig ignoriert. Der georgische Staatsminister für Reintegration, Temur Iakobašvili, sekundierte: „Wir wurden nicht nur von Russland, sondern auch vom Westen in den Krieg gezwungen.“<sup>8</sup> Nach den gescheiterten Bemühungen um eine friedliche Lösung sei Georgien schließlich nichts anderes übrig geblieben, als sich selbst zu verteidigen. Der Militäreinsatz sei notwendig gewesen, um die Bevölkerung vor der von Norden heranrückenden russländischen Armee zu schützen.<sup>9</sup> Der Philosoph Giorgi Margvelašvili betonte, „dass Georgien, wenn auch mit militärischer Gewalt, auf seinem Territorium seine eigene Bevölkerung verteidigte“.<sup>10</sup>

Teilweise machten sich in der Bevölkerung Enttäuschung über und Zorn auf den Westen breit – allen voran auf Deutschland, das sich auf dem NATO-Gipfel im April 2008 gegen die baldige Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO ausgesprochen hatte. Nicht zuletzt aufgrund der einseitigen Berichterstattung in den georgischen Medien herrschte die feste Überzeugung, Georgien wäre mit einem Fahrplan zum NATO-Beitritt in der Tasche vor Angriffen Russlands sicher gewesen. Margvelašvili empörte sich im Zusammenhang mit den russländischen Militärschlägen gegen Georgien über die Etikettierung als „unverhältnismäßige Reaktion“, wie sie eine Reihe westlicher Politiker verwendeten. Diese Logik sei „seltsam“: „Dies bedeutet wohl, die Aktion an sich ist tragbar, das Problem ist lediglich die *Unverhältnismäßigkeit*, mit der sie vollzogen wurde?“<sup>11</sup> Nach dem weitgehenden Rückzug der russländischen Truppen aus dem georgischen Kernland im September und der dadurch eintretenden stabileren Lage wurden Zweifel laut, ob der Krieg tatsächlich unabwendbar gewesen war. Zwar ist kaum von der Hand zu weisen, dass die internationale Gemeinschaft die georgische Furcht vor russländischer Einmischung im Kaukasus jahrelang nicht Ernst genommen hatte. Auch waren immer wieder geäußerte Bedenken der Georgier, ob sich die GUS-Friedenstruppe zur Konfliktregulation eignen würde, kaum berücksichtigt. Doch dass andere schwerwiegende Fehler begingen, enthebt niemanden der Verantwortung, sich mit den eigenen Fehlern auseinanderzusetzen. Insofern wäre es an der Zeit, dass sich auch die georgische Regierung der Frage stellt, ob nicht auch ihr politischer Kurs der letzten vier Jahre zur aktuellen Krise beigetragen habe.

<sup>7</sup> Georgia's Statehood Under Danger, Resist Enemy Everywhere – Government Tells the Nation, 10.8.2008; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19015](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19015)>.

<sup>8</sup> Russia, West Pushed Us into War – State Minister; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19284](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19284)>.

<sup>9</sup> Saakashvili's Account of Events that Led to Conflict, 25.8.2008; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19282](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19282)>.

<sup>10</sup> Giorgi Margvelašvili: k'itkhva III: geop'olit'ik'uri iluziebi, in: tsheli šok'oladi, 42/2008, S. 82–83, hier S. 82.

<sup>11</sup> Ebd.

In Georgien gibt es nur wenige, die diese Frage deutlich stellen. Der Politikwissenschaftler P'aata Zakareišvili setzt sich seit über zehn Jahren für eine konstruktive und langfristige Lösung der Konflikte im Südkaukasus ein und wird dafür nicht selten als Staatsverräter diffamiert.<sup>12</sup> Er versteht sich als wahrer Patriot. Mit wenigen Mitstreitern versucht er, in Georgien Verständnis für die Anliegen der Menschen in den abtrünnigen Gebieten zu wecken. Die Einstellung seiner Regierung, die den Abchasen und Osseten sogar den Status als Konfliktparteien aberkennt und sie als bedeutungslose Stellvertreter Russlands abtut, hält er für falsch und gefährlich. Dementsprechend bewertet er den vermeintlichen Erfolg durch die Internationalisierung der Konflikte negativ: „Wir wollten die existierenden Konflikte in einen russländisch-georgischen Konflikt umwandeln und haben stattdessen einen russländisch-amerikanischen geschaffen.“<sup>13</sup> Die Folgen des Augustkrieges für die georgisch-abchasischen und die georgisch-ossetischen Beziehungen sind in seinen Augen verheerend:

Wir irren, falls wir glauben, es seien lediglich Häuser zerstört, Infrastruktur vernichtet und Menschen umgekommen. Wir haben das Vertrauen der Abchasen und Osseten komplett verloren.<sup>14</sup>

Der einzige Ausweg liegt für ihn – ähnlich wie für den Ombudsmann – in einer umfassenden Demokratisierung des Landes. Nur als glaubwürdiger und liberaler Rechtsstaat würde Georgien attraktiv für die Abchasen und Osseten. Jedoch wurden im August jegliche Bemühungen um eine friedliche Lösung um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückgeworfen. Nach Zakareišvili hätte der Krieg um jeden Preis verhindert werden müssen, denn vor dem Eindringen in Tschinvali habe „eine reale Chance existiert, den Krieg abzuwenden, die wir nicht genutzt haben“.<sup>15</sup>

Verschiedene Oppositionspolitiker sehen in der durch die Niederlage gegen Russland und den Verlust weiterer Gebiete geschwächten Position der Regierung eine Chance, selbst politisches Kapital aus der Misere zu schlagen. Erosi K'its'marišvili, der frühere Besitzer des TV-Senders *Rustavi 2* und Insider der Saak'ašvili-Administration fordert: „Wir brauchen eine Alternative zur jetzigen Staatsmacht.“<sup>16</sup>

Der Vorsitzende der Konservativen Partei, K'acha K'uk'ava, betonte Mitte August, zunächst müssten die russländischen Panzer Georgien verlassen, danach sei zu diskutieren, wer verantwortlich für das Geschehene sei. Während der Oppositionspolitiker gegenüber der georgischen Presse Zurückhaltung übte, fand er in einem Gespräch mit der *Financial Times* klare Worte: Die Regierung habe einen Krieg begonnen, „den wir nicht gewinnen konnten“. Zudem kündigte er neuerliche Massendemonstrationen für Neuwahlen an, sobald die Situation unter Kontrolle sei.<sup>17</sup> Am 7. November 2008, ein Jahr nach der gewaltsamen Auflösung der Proteste 2007,

<sup>12</sup> Republican Member's Statement Sparks Controversy in Parliament; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=15004](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=15004)>.

<sup>13</sup> Interview in: *rezonansi*, 28.8.2008; russisch: Počemu molčit Paata Zakareišvili? In: South Caucasus Integration. Alternative start; <<http://southcaucasus.com/index.php?page=publications&id=1897>>.

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> P'at'a Zakareišvili, k'itchva II: čveni arčevani ar q'opila mšvidoba, in: *tscheli šok'oladi*, 42/2008, S. 80–81, hier S. 81.

<sup>16</sup> Interview in: *k'viris p'alit'ra*, 29.9.2008.

<sup>17</sup> Saakashvili to Face „Tough Questions“, 18.8.2008, <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19195](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19195)>.

versammelten sich einige Tausend Menschen vor dem Parlamentsgebäude. Die Teilnehmerzahl blieb allerdings weit hinter den angestrebten 50 000 zurück. Politische Ambitionen hat auch die frühere Parlamentsvorsitzende Nino Burdžanadze, die bei den Parlamentswahlen im Mai 2008 nicht wieder kandidierte. Grund waren Unstimmigkeiten über die Kandidatenliste der Regierungspartei. In der Rosenrevolution 2003 war sie neben Saak'ašvili und Zurab Žvania die dritte Hauptfigur gewesen. Nun gehört sie zu denjenigen, welche die Saak'ašvili-Administration scharf kritisieren. Anfang September gab sie bekannt, sie habe den Präsidenten noch wenige Tage vor der Eskalation ausdrücklich vor der Gefahr eines Militärschlages gewarnt:

Ich habe nie an eine militärische Lösung für Ossetien und Abchasien geglaubt. Denn Russland wird kämpfen. Russland wird Truppen schicken. [. . .] Russland wird Flugzeuge schicken.

Sollte sich herausstellen, dass der Krieg mit Russland vermeidbar gewesen wäre, wolle sie nicht an der Stelle der Regierung sein.<sup>18</sup> Anfang Oktober veröffentlichte sie einen Fragenkatalog mit 43 kritischen Fragen zum Südossetienkonflikt an die Regierung, der sie wenige Monate zuvor noch selbst angehört hatte.<sup>19</sup> Die Regierung empfahl Burdžanadze, die Fragen an die Kriegskommission zu richten. Bislang erhielt die ehemalige Parlamentspräsidentin keine Antwort. Ende Oktober kehrte Burdžanadze mit einer neu gegründeten Partei *Demokratische Bewegung – Vereintes Georgien* in die aktive Politik zurück, da die Regierung nicht in der Lage sei, mit neuen Bedrohungen umzugehen.<sup>20</sup> Der Druck auf die Regierung wächst.

## Proklamation und Praxis von Demokratie

Das Beispiel Burdžanadze illustriert, wie fluid die politische Landschaft Georgiens ist. Leicht werden aus Weggefährten von gestern politische Gegner von heute, die ihr Insiderwissen einsetzen und eigene Machtansprüche geltend machen. Anders als in stabilen pluralistischen Gesellschaften hat in Georgien seit der Unabhängigkeit 1991 noch kein einziges Mal ein Machtwechsel infolge demokratischer Wahlen stattgefunden. Erzwungene Machtwechsel – ob gewaltfrei oder nicht – gehen wie vor der Unabhängigkeit mit einem nahezu vollständigen Austausch der Kader einher und haben häufig unangenehme Folgen für die abgelöste Elite.<sup>21</sup> Je kämpferischer sich die Opposition gibt, desto mehr sieht sich die führende Partei im Falle eines Machtverlusts bedroht. Daher bedient sich die Führung mitunter autokratischer Mittel.

<sup>18</sup> Burjanadze Says She Warned Saakashvili over S. Ossetia, 6.9.2008; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19417](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19417)>.

<sup>19</sup> Burjanadze's 43 War Questions, 2.10.2008; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19650](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19650)>.

<sup>20</sup> Burjanadze Launches Party, 27.10.2008, <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19838](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19838)>.

<sup>21</sup> So wurden Anhänger des ersten Präsidenten des unabhängigen Georgien Swiad Gamsachurdia nach dessen gewaltsamem Sturz im Dezember 1991 verfolgt; Repression folgt Putsch in Georgien! In: Human Rights Worldwide, Frankfurt/Main, 2/1992. Ein anderes Beispiel sind unter Schewardnadse begünstigte Geschäftsleute, die nach Saak'ašvilis Machtantritt plötzlich hohe Steuernachzahlungen zu leisten hatten; Amnesty in exchange of repaying tax arrears, 8.3.2004; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=6385](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=6385)>.

Wenn auch anders als sein Vorgänger Edvard Ševardnadze tendiert Saak'ašvili dazu, die Regierung mit dem Staat gleichzusetzen. Dies wird offensichtlich, wenn Regierungskritiker mit Staatsfeinden gleichgestellt werden.<sup>22</sup> Auch die russländischen Angriffe auf Georgien ließen sich in der georgischen Öffentlichkeit problemlos als Versuch Putins darstellen, die Regierung Saak'ašvilis zu stürzen, um einen prorussländischen Kandidaten einzusetzen.<sup>23</sup> In einer solchen Atmosphäre ist es verständlich, dass sich Oppositionelle mit Kritik zurückhalten.

Von einer Demokratie, wie sie sich Sozar Subari oder P'aata Zakareišvili für Georgien wünschen, ist das Land weit entfernt. Doch drängen gerade jetzt nicht nur Zivilgesellschaft und Opposition auf die Schaffung grundlegender demokratischer Strukturen. Auch die Regierung erklärt sich einsichtig und propagiert eine „neue Welle von demokratischen Reformen“.<sup>24</sup> Sie kündigte an, das Parlament zu stärken, neue Regelungen zur Finanzierung von Parteien zu erlassen, die Freiheit der Medien zu schützen, Rechtsstaatlichkeit zu stärken und besser mit der Opposition zusammenzuarbeiten. Kritiker befürchten allerdings, dass diesen Ankündigungen keine Taten folgen.

Das zentrale Anliegen von Opposition und zivilgesellschaftlichen Kräften ist eine gründliche und transparente Aufklärung der Ereignisse, die zum Krieg mit Russland führten. Die Aufarbeitung der Fehler und der Verantwortung der Regierung führten dazu, dass Ende Oktober vier Ministerposten und das Amt des Premierministers neu besetzt wurden.<sup>25</sup> Nino Burdžanadze bezeichnete dies als „Farce“.<sup>26</sup> Die vier Minister seien für die Krise irrelevant gewesen. Der neue Parlamentsvorsitzende Davit Bakradze konterte, radikale Veränderungen seien nicht notwendig, da die Regierung die großen Herausforderungen im August im Großen und Ganzen erfolgreich bewältigt habe.<sup>27</sup>

Von Bedeutung für die Zukunft der jetzigen Führung dürften die Bauernopfer sein, die in der Armee gebracht wurden. So wurden der stellvertretende Stabschef, der Befehlshaber der Landstreitkräfte sowie der Kommandant der Nationalgarde ihrer Ämter enthoben.<sup>28</sup> Der vom Parlament eingesetzte Ausschuss mit dem vielsagenden Titel *Zeitweilige Kommission zur Untersuchung der Militäraggression und anderer Handlungen Russlands mit dem Ziel, Georgiens territoriale Integrität zu verletzen* gehörten im Oktober zunächst leitende Regierungsmitglieder aus verschiedenen Ministerien und Nachrichtendiensten an. Abgeordnete der Oppositionsparteien boykottierten die Kommission und fordern stattdessen ein unabhängiges Gremium.

---

<sup>22</sup> Dies geschah etwa im September 2006: Tbilisi Mayor Unleashes Criticism of Moscow-Backed „Traitors“; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=13492](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=13492)>, im August 2007: Tbilisi Mayor Slams Some Opposition Figures as „Traitors“; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=15578](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=15578)>, und im November 2007: Saakashvili Slams Opponents; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=16359](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=16359)>.

<sup>23</sup> Aussagen russländischer Offizieller, Saak'ašvili werde als Gesprächspartner nicht akzeptiert und müsse zurücktreten, stärkten seine Position in Georgien.

<sup>24</sup> Saak'ašvili in seiner Jahresansprache an die Bevölkerung am 16.7.2008; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19526](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19526)>.

<sup>25</sup> Es waren die Minister für Justiz, Kultur, Flüchtlinge und Umwelt: Four Ministers Lose Posts in New Cabinet, 29.10.2008; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19857](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19857)>.

<sup>26</sup> Burjanadze Slams Cabinet Reshuffle as „Mockery“, 30.10.2008; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19861](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19861)>.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Some Key Army Officials Dismissed; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19402](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19402)>.

Eine der zentralen Fragen des Untersuchungsausschusses ist die Unumgänglichkeit des georgischen Militäreinsatzes.

Von zentraler Bedeutung ist daher die Aussage des Brigadegenerals Mamuka Q'urašvili, der im August Befehlshaber des georgischen Kontingents der Friedenstruppen in Südossetien war. Er war es, der kurz vor Mitternacht am 7. August jene entscheidende Erklärung abgab, die georgische Armee wolle in Südossetien die „konstitutionelle Ordnung“ wiederherstellen. Ende Oktober stritt er vor der Kommission ab, einen entsprechenden Befehl erhalten zu haben. Vielmehr habe er damals „unvorbereitet“ und „impulsiv“ auf die Fragen der Journalisten geantwortet und sei deswegen vom Verteidigungsministerium abgemahnt worden.<sup>29</sup> Bisher untermauern auch alle anderen Aussagen die offizielle Linie, Georgien habe lediglich auf den Einfall russländischer Truppen reagiert, um die Zivilbevölkerung in der Region zu schützen. Allerdings ist fraglich, ob die Kommission die Vorgänge objektiv untersucht.

Die georgische Bevölkerung hat aber ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren. Allen voran diejenigen, zu deren Schutz die georgische Armee laut eigener Aussagen am 7. August nach Südossetien zog. Viele der etwa 130 000 Binnenflüchtlinge fühlen sich keineswegs von ihrer Regierung geschützt. In ihren Augen hätte die Regierung wissen müssen, dass gegen Russland kein Krieg gewonnen werden kann. Warum also wurden im Voraus keine Vorkehrungen zur Sicherheit der fast 20 000 georgischen Dorfbewohner in und um Südossetien getroffen? „Warum gab es keinen organisierten Nachschub und Logistik?“ fragt der Militärexperte Šalva Tadumadze und fährt fort: „Warum verlief der Rückzug unserer Armee so, dass danach die friedliche Bevölkerung in diesem Gebiet dem Feind [ohnmächtig] gegenüberstand.“<sup>30</sup>

Nach dem abrupten Abzug der georgischen Truppen waren die Zivilisten vollends auf sich gestellt. Auch von Europa und Amerika hätten sie mehr Unterstützung erwartet als leere Worte. Unter den Binnenflüchtlingen rief besonders die feierliche Großkundgebung am 12. August in Tbilisi Ärger hervor, als hochrangige Offizielle mit patriotischem Pathos dem Zusammenhalt und der Stärke des georgischen Volkes huldigten.<sup>31</sup> Während Zehntausende Georgierinnen und Georgier vor dem Parlament einen Sieg feierten, der noch gar nicht errungen war, strömten immer mehr Menschen aus den Krisenregionen in die Hauptstadt. Die Zahl der georgischen Flüchtlinge stieg bis September auf über 120 000 an, davon kamen etwa 90 000 nach Tbilisi.<sup>32</sup> Obwohl ein Großteil der Menschen mittlerweile in ihre alten Wohngebiete um Gori und in die an Südossetien grenzende „Pufferzone“ zurückkehren konnte, leben kurz vor Wintereinbruch etwa 25 000 in Notunterkünften wie alten Schulen, Kindergärten oder sogar in Zelten. Einige von ihnen hatten bereits in den frühen 1990er Jahren in den Sezessionskriegen flüchten müssen. Sie haben nun zum zweiten Mal alles verloren. Manche der „alten“ Binnenflüchtlinge leben nun seit anderthalb Jahrzehnten in

<sup>29</sup> Senior MoD Official Testifies Before War Commission, 28.10.2008; <[www.civil.ge/eng/article.php?id=19846](http://www.civil.ge/eng/article.php?id=19846)>.

<sup>30</sup> Šalva Tadumadze: k'it'chva VI: omi kartulad, in: tscheli šok'oladi 42/2008, S. 86–87, hier S. 86.

<sup>31</sup> Ein paar Dutzend Binnenflüchtlinge demonstrierten am 14. August vor dem Parlament; vgl. das Video auf georgischen Internetportal: <<http://presa.ge/index.php?text=news&i=3431>>.

<sup>32</sup> UNHCR Briefing Notes: Georgia: Internal displacement estimate rises, 12.9.2008; <[www.unhcr.org/news/NEWS/48ca3d5f2.html](http://www.unhcr.org/news/NEWS/48ca3d5f2.html)>.

sogenannten temporären Unterküften. Es ist dringend notwendig, für sie alle anstelle von Notunterkünften endlich dauerhafte Lebensräume zu schaffen.

Bei den georgischen Binnenflüchtlingen aus Abchasien und Südossetien handelt es sich keineswegs um eine homogene Gruppe. Viele von ihnen sind sehr gut in die georgische Gesellschaft integriert und engagieren sich für gesellschaftliche Belange. Ein georgisches Netzwerk aus Organisationen und Initiativen vor allem aus Tbilisi, Kutaisi und Zugdidi setzte sich in den vergangenen Jahren dafür ein, die Beteiligung dieser Binnenflüchtlinge an politischen Entscheidungen zu verbessern, insbesondere in der Lokalpolitik. Das ist eine ernste Herausforderung in einem Staat, in dem Bürgerbeteiligung kaum vorgesehen ist. Im August standen diese Organisationen vor der Aufgabe, die „neuen“ Binnenflüchtlingen bei der Deckung elementarer humanitärer Bedürfnisse zu unterstützen. Besonders aktiv waren die NGOs in Imereti und Westgeorgien, da hier anfangs aufgrund der russländischen Belagerung kaum internationale Hilfe ankam. Die Mitglieder des Netzwerks wollen sich nun besonders dafür einsetzen, aus den Erfahrungen der vergangenen fünfzehn Jahre richtige Schlüsse zu ziehen. Dies betrifft vor allem die Integration der Flüchtlinge und ihre Beteiligung an der Konfliktlösung.

### Freiheit gegen Sicherheit?

In Analysen und Medienberichten wird der Krieg oft als ein Konflikt zwischen Georgien und Russland oder gar zwischen Russland und den USA dargestellt. In georgischen Diskussionen hört man, es gebe seit August keine Konflikte mehr zwischen Georgien und den abtrünnigen Gebieten Abchasien und Südossetien.<sup>33</sup> Verschiedene Beobachter im Kaukasus und im Westen gehen davon aus, dass sich die Position Russlands mit der Südossetiens und Abchasiens deckt. Die Bewohner dieser Regionen sehen sich und ihre Behörden aber nicht als bloße Marionetten des Kreml, sondern als eigenständige Völker mit eigenen Interessen, Bedürfnissen und Ängsten. Die Bevölkerung Südossetiens hat das dringende Bedürfnis, der Welt ihre Erfahrungen und Perspektiven mitzuteilen. Die Menschen haben den Eindruck, der Westen glaube nur der georgischen Seite.<sup>34</sup> Immer wieder sind Misstrauen und Verbitterung über den Westen zu hören. So wie die georgische Regierung keinen Zweifel daran lässt, dass sie am 7. August gezwungen war, eine lange geplante Invasion in ihr Territorium abzuwenden, steht für die Südosseten fest, dass Georgien der Aggressor ist. Der georgische Militärschlag gegen die südossetische Hauptstadt Tschinvali habe die lokale Bevölkerung im Schlaf erwischt, die sich nach dem Stunden zuvor erklärten Waffenstillstand in Sicherheit wähnte:

In der Nacht des 7. August erschien Saak'ašvili im Fernsehen und versicherte der verängstigten Zivilbevölkerung Südossetiens, er werde uns nicht angreifen. Dies geschah lange nach dem Zeitpunkt, an dem Russland

<sup>33</sup> Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development: After August 2008: Consequences of the Russian-Georgian war. Tbilisi September 2008, S. 20.

<sup>34</sup> Sofern nicht anders gekennzeichnet, sind die Aussagen und Stimmungsbilder der Bevölkerung in Südossetien den vorläufigen Ergebnissen eines Forschungsprojekts zur Lage in Südossetien entnommen, das *Conciliation Resources* im Herbst unterstützte.

nun laut Saak'āšvilis Aussagen begonnen haben soll, in Georgien einzufallen.<sup>35</sup>

Aus dieser Perspektive sind die Bestürzung und Empörung über die westliche Kriegsberichterstattung und die offiziellen Erklärungen verständlich. Zwar betonten westliche Politiker in der Vergangenheit immer wieder, eine militärische Lösung des Konflikts um Südossetien sei inakzeptabel, doch nach den georgischen Militärschlägen am 7. August auf Tschinvali trat keine der westlichen Regierungen deutlich gegen Georgien auf. Die Menschen in Südossetien schließen daraus, dass das Leben von „Separatisten“ für die Weltgemeinschaft keinen Wert habe – zumindest einen geringeren Wert als die territoriale Integrität eines unabhängigen Staates, der sich demonstrativ EU-nah und demokratisch gibt. Die südossetische Menschenrechtlerin Lira Tschovrebova, die während des Krieges mit ihrer georgisch-ossetischen Familie in Tschinvali blieb, klagt: „Die Welt redet nur über Georgiens Freiheit. Was ist mit der Freiheit für mein Volk? Hat unser Leid, haben unsere Stimmen keine Bedeutung?“<sup>36</sup>

Folglich schätzen viele Südosseten Russland als Verbündeten und – besonders in Zeiten der Unruhen – einzige Schutzmacht. Zwar hat nach Aussagen der Menschen, die den georgischen Militärschlag in ihren Kellern überstanden, das Eingreifen der russländischen Armee zwei Tage auf sich warten lassen, jedoch war von nirgendwo anders auch nur die Spur von Unterstützung in Sicht. Der neu eingesetzten Beobachtungsmission der Europäischen Union (EUMM) trauen die Osseten nicht. Sie unterstellen ihr, georgische Interessen zu vertreten. Sie stellen sich die Frage, wie ein paar unbewaffnete Beobachter für Schutz und Stabilität sorgen sollen. In der einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens durch Russland sehen die Südosseten dagegen hauptsächlich eine Sicherheitsgarantie. Überdies bedeutet sie einen Schritt zur Vereinigung mit Nordossetien und zur letztendlichen Eingliederung in die Russländische Föderation. Um die Abhängigkeit vom mächtigen Russland und dem damit möglicherweise verbundenen Verlust von Freiheit und südossetischer Identität machen sich momentan nur wenige Sorgen: „Es ist besser, in ein großes Russland aufgesogen als von einem kleinen Georgien ausgelöscht zu werden.“<sup>37</sup>

In der südossetischen Zeitung *Respublika* hieß es am 17. September:

Unser neues unabhängiges Land beginnt seinen Lebensweg mit der Stationierung von Truppen eines Nachbarlandes auf seinem Territorium. Doch ist dies heute das vordringlichste Interesse Südossetiens: eine vielversprechende Sicherheitsgarantie für unsere kleine Bevölkerung angesichts der Bedrohung von Georgien, das an seinen revanchistischen Bestrebungen festhält.<sup>38</sup>

<sup>35</sup> Lira Tskhovrebova: I survived the Georgian war. Here's what I saw, in: *The Christian Science Monitor*, 8/2008; <[www.csmonitor.com/2008/1008/p09s02-coop.html](http://www.csmonitor.com/2008/1008/p09s02-coop.html)>.

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Aussage eines Interviewpartners im Rahmen des Forschungsprojekts [Fn. 34].

<sup>38</sup> *Vysokaja stepen' nedoverija*, 25.9.2008; <<http://osinform.ru/analytic/9110-vysokaja-stepen-nedoverija.html>>.

Russland sorgt für Sicherheit und baut das Land wieder auf.<sup>39</sup> In der Region, in der während des Kriegs große Teile der Infrastruktur zerstört wurden, Gas- und Wassermangel herrschen, hat dies zunächst Priorität. Alan Parastaev, der Koordinator des nichtstaatlichen *Kaukasischen Netzwerks für wirtschaftliche Entwicklung*, das in Südossetien ansässig ist, erklärt:

Die südossetische Regierung hat begriffen, dass zunächst einmal die Erlangung der Unabhängigkeit notwendig ist, um Teil der Russländischen Föderation zu werden. Vor einiger Zeit machten sie uns klar, dass der Zusammenschluss mit Russland unsere einzige Überlebenschance ist.<sup>40</sup>

Er wisse sehr wohl, dass es in Georgien Menschen gibt, die das Geschehene „aus tiefstem Herzen bedauern, aber diese Leute können leider nichts ändern“.<sup>41</sup> Noch ist nicht bekannt, wie sich die neue Führung, die sich zur Zeit formiert, zusammensetzen wird und wie es weitergehen soll. Die Zukunft Südossetiens scheint ungewiss. Parastaev weiß nur eines über das zukünftige Leben in seinem Land: „Es wird anders sein.“<sup>42</sup>

## Die Folgen für Abchasien

Obwohl selbst nicht unmittelbar von den Kriegshandlungen im August betroffen, haben die Ereignisse auch für die Bevölkerung Abchasiens direkte Folgen. Die Abchasen teilen Südossetiens Verbitterung über den Westen. Allerdings wird die Anerkennung durch Russland in der Gesellschaft kontrovers diskutiert. De facto-Außenminister Sergej Šamba verkündete am 17. Oktober feierlich: „Unsere Vorfahren befanden sich ununterbrochen im Krieg mit [verschiedenen] Großmächten.“ Doch nun herrsche endlich Freude über „die Anerkennung unserer Unabhängigkeit durch das größte Land auf der Welt, eine Atommacht . . .“ Langfristig strebe Abchasien an, „dass europäische Länder und die USA die Souveränität unseres Landes anerkennen“. Dies werde ein „langwieriger Prozess, aber [ . . . ] wir eilen nirgendwo hin“.<sup>43</sup> Und der Präsident der De-Facto-Republik Abchasien, Sergej Bagapš, sieht sein Land in der Zukunft als „demokratischen Rechtsstaat, in dem es keinen Platz für Krieg gibt, wo sämtliche Rechte und Freiheiten kleiner Völker geachtet werden“.<sup>44</sup>

Die anfängliche Euphorie mischt sich in einigen Kreisen mit Furcht vor wachsender Isolation vom Westen und Abhängigkeit von Russland. Offen bleibt die Frage, ob und

<sup>39</sup> Unter anderem begann der Moskauer Baukonzern „SU-155“ Anfang September mit dem Bau eines Wohnbezirks in Tschinvali, der 2010 über 200 Wohnhäusern und Infrastruktur verfügen soll. Das Moskauer Bürgermeisteramt und die Verwaltung stellten für derartige Bauprojekte 2,5 Mrd. Rubel bereit; <[www.stroi.ru/d17dr439306m1247r436190.html](http://www.stroi.ru/d17dr439306m1247r436190.html)>.

<sup>40</sup> Alan Parastaev: k'itkhva VI: p'ersp'ekt'ivis gareše, in: tscheli šok'oladi, 42/2008, S. 87.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Bezopasnost' i èkonomičeskoe procvetanie Abchazii naprjamuju svjazany s otnošenijami s Rossiej – Šamba, 17.10.2008;

<<http://interfax.ru/txt.asp?id=40034&sec=1476&sw=%F8%E0%EC%E1%E0&bd=10&bm=10&by=2008&ed=10&em=11&ey=2008&secid=0&mp=0&p=1>>.

<sup>44</sup> Bagapš poobeščal postroit' v Abchazii demokratičeskoe pravovoe gosudarstvo, 18.9.2008; <<http://interfax.ru/politics/news.asp?id=33356&sw=%E1%E0%E3%E0%EF%F8&bd=10&bd=10&bm=8&by=2008&ed=10&em=10&ey=2008&secid=0&mp=0&mp=0&p=1>>.

wie künftig internationale Beobachter in Abchasien arbeiten können. EU-Vertreter lehnt Abchasien ab, weil sie voreingemessen seien. Die UN-Beobachtermission, die bislang in Abchasien präsent war, werde als solche willkommen geheißen, müsse aber ihren Namen ändern, verlangte Bagapš: „Wenn sie sich weiterhin Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien nennt, dann kann sie gerne in Georgien beobachten, aber nicht in Abchasien.“<sup>45</sup>

Der Südossetienkrieg hat den Abchasen vorgeführt, dass es keinerlei internationale Mechanismen zum Schutz von Menschen gibt, die in einem international nicht anerkannten Gemeinwesen leben. Fassungslos verfolgten sie in den Morgenstunden des 8. August die im russländischen Fernsehen übertragene Sitzung des UN-Sicherheitsrats, von dem sie eindeutige Maßnahmen gegen Georgiens Militärhandlungen in Tschinvali erhofften. Die Abchasen bangten um die Menschen in Südossetien und fürchteten georgische Angriffe, sollte es keine Unterstützung von Seiten Dritter geben. Stattdessen teilte ein britischer Diplomat mit, man habe sich noch auf keine gemeinsame Erklärung einigen können, hoffe jedoch, dies in den nächsten Tagen zu schaffen.<sup>46</sup> Außerdem verurteilte der Repräsentant der USA zwar die Verletzung der territorialen Integrität Georgiens, nicht aber Georgiens Vorgehen in Südossetien.

Aus Sicht der Abchasen versuchte Russland zunächst, den blutigen Konflikt auf diplomatischem Weg zu beenden. Erst als der Sicherheitsrat mit den Achseln zuckte, seien ihrer Ansicht nach die Panzer in Gang gesetzt worden. Den Einwand, Russland sei eine der Konfliktparteien und könne daher nicht als Vermittler auftreten, halten die Abchasen zwar für berechtigt, jedoch nicht für überzeugend. In ihren Augen hätten auch die USA und die EU längst einseitig Position ergriffen. Die abchasische Politologin Liana Kvarčelia brachte es auf den Punkt: „Es gab hier keine neutralen Akteure. Die jüngsten Ereignisse haben das sehr deutlich demonstriert.“<sup>47</sup>

Wie in Südossetien gilt auch in Abchasien Russland als einziger Garant für Sicherheit. Unterstützung von anderer Seite gibt es nicht. Jedoch gibt Kvarčelia zu bedenken, dass Georgien selbst sehr viel dazu beigetragen habe, „dass unser Verhältnis zu Russland immer stärker wird“.<sup>48</sup>

Über Russlands Anerkennung Abchasiens als unabhängiger Staat sind die meisten Menschen glücklich und erleichtert. Dennoch sind sich einige Teile der Gesellschaft der Risiken bewusst, die dieser Schritt birgt: Sie fürchten Sanktionen und eine fortschreitende Isolierung. Diese Befürchtungen sind nur allzu berechtigt. Botschaften und Konsulate einiger europäischer Staaten in der Russländischen Föderation weigern sich seit August, Abchasen mit russländischen Pässen Visa auszustellen. Laut Vorgaben sollten sich die Abchasen stattdessen an die entsprechenden Konsulate in Tbilisi wenden – eine aus ihrer Perspektive inakzeptable Forderung. Außerdem legt

<sup>45</sup> Bagapš na vstreče s glavoj missii OON v Gruzii postavil vopros o neobchodimosti ee pereimenovanija dlja raboty v Abchazii, in: Interfax, 5.10.2008; <<http://interfax.ru/politics/news.asp?id=37216&sw=%E1%E0%E3%E0%EF&F8&bd=10&bm=8&by=2008&ed=10&ey=2008&secid=0&mp=0&p=1>>.

<sup>46</sup> United Nations Security Council Sixty-third year 5951<sup>st</sup> meeting, Friday, 8 August 2008, 1.15 a.m. New York.

<sup>47</sup> Liana Kvarčelia: k'itkhva VIII: tavisuplebis upleba, in: tsheli šok'oladi, 42/2008, S. 88–89, hier S. 89.

<sup>48</sup> Ebd.

die georgische Regierung Vertretern ausländischer Organisationen nahe, nicht nach Abchasien einzureisen. Das neue „Gesetz zu den besetzten Gebieten“, das am 31. Oktober in Georgien in Kraft trat, formalisiert die erschwerten Bedingungen.<sup>49</sup> Bleibt zu hoffen, dass die im Gesetz verankerten Ausnahmen, nach denen eine Einreise nach Abchasien und Südossetien gewährt werden soll, wenn sie zum Beispiel „Georgiens Staatsinteressen“, einer „friedlichen Lösung der Konflikte“ oder „humanitären Zwecken“ dient, transparent und konstruktiv angewandt werden. Eine noch stärkere Isolierung würde unumgänglich zu einer stärkeren Bindung Abchasiens an Russland führen. Liana Kvarčelia betont, man könne meinen,

Georgien sei daran interessiert, dass allein Russland sich an Wiederaufbau und Investitionen in Abchasiens Ökonomie betätigt und dass es keinerlei westliche Präsenz in Abchasien gibt.<sup>50</sup>

Genau dies sollte aber nicht im Interesse Georgiens sein. Je stärker Abchasiens Bindung an Russland wird, desto unaufhaltsamer wird die Trennung von Georgien. P'aata Zakareišvili beschreibt die Folgen für die abchasische Bevölkerung noch drastischer:

Im Grunde genommen haben wir sie an Russland ausgeliefert. [. . .] In Abchasien existiert eine vollwertige Zivilgesellschaft, und wir haben ihren Weg [. . .] zum Westen zunichte gemacht.<sup>51</sup>

Wie in Georgien wünschen sich auch die Bewohner Abchasiens eine starke und unabhängige Demokratie. Doch über die Rahmenbedingungen herrschen unter den Konfliktparteien unterschiedliche Vorstellungen. Der Weg zur Demokratie ist weit. Die Bürger im Südkaukasus müssen ihn aus eigener Kraft gehen. Doch die internationale Gemeinschaft sollte sie tatkräftig unterstützen und nicht durch unkontrollierte finanzielle Hilfe oder eigene geopolitischen Interessen behindern. Nur stabile und pluralistische Gesellschaften sind zur Lösung ihrer Konflikte fähig.

---

<sup>49</sup> Gesetzestext: k'anoni ok'up'irebuli t'erit'oriebis šesacheb, <[http://intranet.parliament.ge/index.php?lang\\_id=GEO&sec\\_id=69&kan\\_det=det&kan\\_id=3089](http://intranet.parliament.ge/index.php?lang_id=GEO&sec_id=69&kan_det=det&kan_id=3089)>.

<sup>50</sup> Kvarčelia, k'itkhva VIII [Fn. 35] S. 89.

<sup>51</sup> Interview in: rezonansi, 28.8.2008. Russische Übersetzung: Počemu molčit Paata Zakareišvili, in: South Caucasus Integration. Alternative start; <<http://southcaucasus.com/index.php?page=publications&id=1897>>.



